

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Debatte**  
Änderung  
Hochschulgesetz

■ **Pro & Kontra**  
Volksbefragung  
zur Kreisgebietsreform?

■ **Verantwortung**  
Jugendprojekt  
in Ravensbrück

■ **Beteiligung**  
Youth in Parliament  
2009



13. Mai  
4 / 2009

## Seite 3

**Spezial**

Jugendprojekt in Ravensbrück

**Aus dem Plenum**

Seiten 4 – 5

**Aktuelle Stunde:**Jugend braucht Zukunft  
in der Heimat

Seiten 6 – 8

**Weitere Themen:**Tourismus stärken  
Flughafenkonzept  
Seniorenmitwirkungsgesetz

Seiten 9 – 14

**Auszüge aus der Debatte:**

Änderung Landeshochschulgesetz

Seite 15

**Pro & Kontra**Volksbefragung zur Kreisgebiets-  
reform?

Seiten 16 – 17

**Aus den Ausschüssen****Agrarausschuss:**

Milchgipfel

**Innenausschuss:**

Anhörung Beamtenrecht

**Europa- und Rechtsausschuss:**Gemeinsame Beratung  
mit JiP-Workshop Europa  
Europawoche

Seite 18

**Panorama**Landesfinale „Jugend debattiert“  
Girls' Day im Landtag

Seite 19

**Beteiligung**

Youth in Parliament 2009

Seite 24

**Chronik**

Titelbild (Claudia Richter)

Das Schweriner Schloss  
inmitten der BUGA**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-  
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-  
schengruppen manchmal nur die männliche  
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-  
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-  
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit  
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

## Jugend im Landtag: Yes, we ran!

■ Die ersten hitzigen Wahlkampfdebat-  
ten lassen es erahnen: Das „Superwahl-  
jahr“ 2009 steht längst nicht mehr vor der  
Tür – wir sind schon mittendrin. Alle Zei-  
chen stehen auf Wahlkampf, der 7. Juni  
und der 27. September sind feste Meilen-  
steine in den Jahresplänen der Parteien.  
In dieser Wahlkampfzeit besinnen sich die  
Volksvertreter auch wieder auf die Jugend.  
Sie, die ja unsere Zukunft sei. Und sowie-  
so: Jugend macht sich für den Wahlkampf  
immer prächtig, ob als Motiv fürs Presse-  
foto oder als Wahlkampfthema von A wie  
Ausbildungsplatz bis Z wie Zentralabitur.  
Zahlreiche Kampagnen mit jugendlich-fri-  
schen Slogans versuchen Wahl für Wahl  
ihr Glück, junge Wähler zur Stimmabgabe  
zur motivieren. Trotz des kreativen Elans  
bleibt der Erfolg meistens bescheiden.

Der wahre Austausch zwischen Jung und  
Alt, der findet leider eher selten statt. Nun  
hatten sowohl Abgeordnete als auch Ju-  
gendliche die Chance dazu: Bereits zum  
sechsten Mal fand in diesem März „Ju-  
gend im Landtag“ im Schweriner Schloss  
statt. Seit seinen Anfangstagen schreibt  
sich das einwöchige Kooperationsprojekt  
von Landesjugendring und Landtag auf  
die Fahnen, jugendliche Mitbestimmung  
und das Interesse an demokratischen Ent-  
scheidungsprozessen zu fördern.

Im Jahr der Europawahl erlebte die Veran-  
staltung eine Premiere: Erstmals waren zu-  
sätzlich zu den Jugendlichen aus M-V auch  
internationale Teilnehmer aus Polen, Finn-  
land und Spanien dabei. Neben den ver-  
schiedenen Workshops zu Themen wie  
Europapolitik, Rassismus oder Klimawandel  
galt es vor allem, den Arbeitsalltag des  
Parlaments kennenzulernen und – vorran-  
gig abends – die verschiedenen Kulturen:  
Ob nun bei der Landtagsrallye, dem inter-  
nationalen Abend oder der Abschlussfeier  
im ausgefallenen Trash-Look. „YiP“ (Youth  
in Parliament) hat ein einfaches Erfolgsre-  
zept: Auf angenehm ungewöhnliche Wei-  
se Politik, Partizipation und Party zusam-  
menbringen.

Nach intensiver Workshoparbeit freuten  
sich die Jugendlichen auf einen Höhe-  
punkt der Veranstaltungswoche: Beim  
„Café International“ im Plenarsaal konn-  
ten sie mit Abgeordneten an zehn Tischen



Foto: Marco Herzog

Tino Höfert (20) ist Vorstandsmitglied im Jugend-  
medienverband M-V e.V. und will ab kommendem  
Herbst Europäische Medienwissenschaften in  
Potsdam studieren. Zusammen mit anderen Jugend-  
lichen hat er während „Youth in Parliament“ an der  
täglichen Begleitzeitschrift mitgewirkt.

über die verschiedensten Themen disku-  
tieren. Das Prinzip: Je ein Thema pro Tisch,  
nach 30 Minuten per Gong das Signal,  
Tisch und Thema und damit auch die Ge-  
sprächspartner zu wechseln.

Rund 100 motivierte und talentierte junge  
Menschen aus den verschiedensten Regio-  
nen Europas waren bereit, sich mit den Po-  
litikern auszutauschen. Doch das Bild, das  
sich den Veranstaltern von „Youth in Par-  
liament“ bot, war enttäuschend: Obwohl  
alle fünf Fraktionen des Schweriner Land-  
tages zum „Café International“ eingela-  
den worden waren, fand lediglich ein gu-  
tes Dutzend Parlamentarier den Weg an  
die Diskussionstische. Der Rest glänzte  
durch Abwesenheit. Was war der Grund  
dafür? Wichtige Termine? Desinteresse an  
der Diskussion mit den Jugendlichen? Ei-  
ne wahrlich traurige Bilanz für Mitglieder  
einer demokratischen Institution. Denn  
hier nun saßen sie: Die Jugendlichen, die  
mitbestimmen wollen und denen Partizi-  
pation kein Fremdwort ist. Keine „Null-  
Bock-Generation“, wie es uns täglich sug-  
geriert wird.

Vielleicht sollten sich einige der Parla-  
mentarier eine Scheibe von ihrer Kollegin  
Sylvia Bretschneider abschneiden: Die  
Landtagspräsidentin traf sich nicht nur  
mehrfach mit den Teilnehmern von „Ju-  
gend im Landtag 2009“. Sie ließ es sich  
auch nicht nehmen, zusammen mit eini-  
gen mutigen YiP-Teilnehmern morgens  
am Schweriner See zu joggen. So sieht Po-  
litik zum Anfassen aus. Oder, um es in ei-  
nen Slogan im Obama-Stil umzuwandeln:  
„Yes, we ran!“ – sportlichen Teamgeist be-  
weisen anstatt Mitläufer zu sein.

Sicherlich: Es muss nun nicht immer Sport  
sein. Doch wenn die Politik wissen will,  
was für Wünsche, Ideen und Visionen die  
Jugendlichen von heute haben, zählen Fit-  
ness und Fairness allemal. Sonst geht der  
Demokratie schnell die Puste aus.

**Tino Höfert**

# Begegnungen

**Ravensbrück-Projekt der Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg**



Im Gespräch mit Batsheva Dagan.



Fotos: Claudia Richter

Die Schülerinnen und Schüler vom Fachgymnasium Wolgast der Beruflichen Schule Ostvorpommern mit den Ravensbrückerinnen Irma Trksak, Batsheva Dagan, Ilse Heinrich und Charlotte Kroll.

■ **Als die Elftklässler aus Wolgast und Neuenhagen am späten Dienstagnachmittag die Heimreise antreten, liegen Begegnungen ganz unterschiedlicher Art hinter ihnen: Begegnungen mit einem der dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte, Begegnungen mit Überlebenden des NS-Terrors, Begegnungen mit den Präsidenten ihrer Landtage, und nicht zuletzt Begegnungen mit sich selbst, mit den eigenen Gedanken und Gefühlen.**

Die 60 Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben sich am 27. und 28. April auf Einladung ihrer Landtagspräsidenten in dem ehemaligen Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück auf sehr vielfältige Weise mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Sie recherchierten die Schicksale von Ravensbrückerinnen, informierten sich über den Lageralltag, setzten sich auch mit dem Verhalten und den Motiven der Aufseherinnen auseinander, diskutierten über Rache und Vergeltung. Die 17-jährige Marleen spricht vielen ihrer Klassenkameraden aus dem Herzen, als sie rückblickend sagt: „Ich war über all das Gehörte und Gesehene viel schockierter als gedacht. Es ist einfach etwas komplett anderes hier zu sein, als nur im Geschichtsunterricht darüber zu reden.“

Tief beeindruckt waren die Jugendlichen vor allem von den Begegnungen und Gesprächen mit vier Überlebenden: Batsheva Dagan aus Israel, Charlotte Kroll und Ilse Heinrich aus Berlin und

Margrit Wreschner-Rustow aus den USA. „Das Gespräch mit Batsheva Dagan war ein einmaliges Erlebnis für mich. Noch nie habe ich die Zeit des NS-Regimes so erzählt bekommen, dass es für mich schon fast den Eindruck hatte, es hautnah miterlebt zu haben. Irgendwie beängstigend“, meint Eva vom Einstein-Gymnasium Neuenhagen. „Diese Beschreibung aus erster Hand ist einfach unglaublich, weil so erst die gesamte Grausamkeit der KZs rüber kommt“, stimmt ihr Anna zu. Und David aus Wolgast sagt: „Ich habe Respekt vor den Menschen, die das durchgemacht und überlebt haben!“

Respekt hat auch Batsheva Dagan vor den jungen Leuten, „die wissen wollen, was geschah“. Und sie hat Hoffnung, dass diese Jugend mit dafür sorgen wird, dass sich so eine schreckliche Zeit nicht wiederholt. „Wenn ich nicht mehr da sein werde, seid ihr meine Botschafter“, sagt sie zu den Schülerinnen und Schülern.

Die zwei kurzen Tage reichen nicht, alle

Eindrücke und Erfahrungen zu verarbeiten. Die Begegnungen in Ravensbrück werden noch lange nachwirken.

„Ich hoffe, dass dieses Projekt mithilft, die Demokratie als den grundlegenden Wert unserer Gesellschaft zu schützen und zu verteidigen“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Heute wie damals geht es um die persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen.“

Teilweise wird man hier in Ravensbrück mit Emotionen überflutet, man setzt sich aber auch selbst unbewusst wie bewusst mit dem Schicksal der Frauen auseinander. Einerseits sind das natürlich Gefühle des Grauens; wie viele Menschen wurden hier ermordet, gefoltert, verstümmelt und bestraft wegen Nichtigkeiten?! Es sind Gefühle der Angst; wird eine neue Welle der Grausamkeiten über uns rollen? Wird unsere Generation davon betroffen sein? Und andererseits Freudgefühle. Freude, dass das NS-Regime vorbei ist. Freude, dass einige die Hölle des KZs überlebt haben, Freude, dass es ihnen gut geht.

Eva Mangelsen  
Einstein-Gymnasium Neuenhagen

# Von Heimat, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein

## Aktuelle Stunde zur Zukunft der Jugend

■ Die Aktuelle Stunde am 1. April stand auf Antrag der NPD unter dem Motto: „Jugend braucht Zukunft in der Heimat“. Für die NPD sprachen Tino Müller und Udo Pastörs. Im Namen aller demokratischen Fraktionen ergriff Martina Tegtmeier (SPD) das Wort.

„Die Zukunft unserer Jugend ist gleichbedeutend mit der Zukunft unseres Volkes“, sagte **Tino Müller** (NPD). „Doch die Jugend kehrt ihrer Heimat zwischen Elbe und Haff den Rücken.“ Diese Entwicklung habe die Menschen hierzulande fest im Griff, „insofern demografische, soziale und wirtschaftliche Prozesse sich gegenseitig beeinflussen“. Man dürfe es daher den Jugendlichen des Landes nicht verübeln, wenn sie regelrecht gezwungen würden, rechtzeitig vor Perspektivlosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit fliehen zu müssen. Er sprach von einer „Vergreisung der daheim gebliebenen Bevölkerung“ und von „Ausblutung ganzer Regionen“. Dies seien die Gründe, wieso sich Arbeitsagenturen darauf spezialisiert hätten, „immer mehr Jugendliche in die westlichen Bundesländer oder auch ins Ausland abzuschieben“. Den demokratischen Fraktionen warf Tino Müller vor, gezielt Maßnahmen einzusetzen, „um das deutsche Volk zu verdrängen, um eine Einwanderungsgesellschaft nach amerikanischem Vorbild zu etablieren“. Die „etablierten Politiker“ würden lieber in „Bildung für Fremde statt in die deut-

schen Kinder“ investieren, sagte er.

**Udo Pastörs** sieht eine „allgemeine Sprachlosigkeit vonseiten der so genannten Blockparteien und Demokraten“ bei diesem Thema. „Was Sie in den letzten Jahren hier an praktischer Politik sowohl im Bildungsbereich als auch im Sozialbereich und auch im Beschäftigungsbereich abgeliefert haben, spricht für sich selbst. Und die Jugend wird das zu würdigen wissen“, sagte der NPD-Abgeordnete.

„Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern ist uns demokratischen Parteien viel zu wichtig, als dass wir das eben vorgetragene Zerrbild der Wirklichkeit unwidersprochen stehen lassen“, sagte **Martina Tegtmeier** (SPD), die für alle vier demokratischen Fraktionen sprach. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse (Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend HDJ – die Red.) mute die Themenwahl der NPD wie ein Aprilscherz an, so die Rednerin. „Wie eine dermaßen rückwärtsgewandte Partei wie die NPD ausgerechnet Zukunft gestalten möchte, ist geradezu ein Widerspruch

in sich“, sagte sie. Tegtmeier erinnerte daran, wohin die Politik der Ausgrenzung, „die die NPD am liebsten umsetzen würde“, schon einmal geführt hat. „Nach 1933 ist einem großen Teil der Jugend nicht nur ihre Zukunft in der Heimat genommen worden, ihnen ist die Zukunft vollkommen genommen worden“, betonte sie. Millionen junger und alter Menschen seien ihrer Zukunft beraubt worden – als Opfer politischer Gewalt und Verfolgung, als Opfer eines zum Scheitern verurteilten hermetisch abgeriegelten Wirtschaftssystems, jüdische Familien, die seit Generationen friedlich in Deutschland lebten, Menschen, die nicht in das Schema der rassistischen Wahnvorstellungen der Nazis passten. „Damals hätte einer Ihrer geistigen Vorfahren die Forderung aufstellen müssen: Jugend braucht Zukunft in der Heimat“, sagte Tegtmeier in Richtung der NPD-Fraktion.

Das Motto der Aktuellen Stunde „Jugend braucht Zukunft in der Heimat“ sei wieder einmal ein riesiger Etikettenschwindel der NPD. „Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ist der NPD in Wahrheit völlig



Tino Müller (NPD)



Udo Pastörs (NPD)



Martina Tegtmeier (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

## Tag des offenen Schlosses

Sonntag, 14. Juni 2009  
10.00 – 17.00 Uhr

- Rundgang durch nicht öffentliche Bereiche des Landtages
- Podiumsdiskussionen im Plenarsaal
- Präsentation der Landtagsausschüsse
- Informationsangebote der Fraktionen
- Theater und Filme im Festsaal
- Unterhaltung mit der Band „stotco“
- Präsentation des Demokratiebündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“
- Die Schlosskirche lädt ab 11.00 Uhr zur Besichtigung ein.

gleichgültig“, erklärte Tegtmeier. Der NPD gehe es nur darum, „populistische Thesen heraus zu posaunen und bei jeder Gelegenheit ihr menschenverachtendes Weltbild darzustellen“. Inhalte oder konstruktive Mitarbeit an den aktuellen Herausforderungen seien Fehlanzeige. Im Parlament und in den Ausschüssen hätten die NPD-Abgeordneten jedenfalls noch keinen einzigen konkreten Vorschlag zur Kinder- und Jugendpolitik gemacht.

„Eine echte Zukunft haben Kinder und Jugendliche, wenn sie auch morgen noch einen eigenen Handlungsspielraum haben, um ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen“, betonte Tegtmeier. Und zur Verwirklichung dieser eigenen Vorstellungen gehöre möglicherweise auch, dass junge Menschen ländliche Regionen verlassen und in stärker städtisch geprägte Gegenden ziehen. „Das gab es immer und das wird es immer geben“, so die Politikerin. Man könne froh sein, dass junge Menschen heute in der Lage seien, sich in der ganzen EU freizügig zu bewegen und dort ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie es wollen.

Das Verbot der HDJ bezeichnete Martina Tegtmeier als richtigen Schritt. Als bundesweit organisierter Jugendverband habe die HDJ rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet. Das sei „Kindesmissbrauch pur“ gewesen. „Während die Rechtsextremisten wehrlosen Kindern und Jugendlichen in HDJ-Lagern ihr braunes Gedankengut aufzwingen und Menschenverachtung predigen konnten, arbeiteten wir demokratischen Parteien und Fraktionen“, erklärte die Abgeordnete. Unter anderem an einer zukunftsfähigen Bildung und Ausbildung, an einer nachhaltigen Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, „damit neue Arbeitsplätze im Land ent-

stehen“, und an einer verantwortungsbewussten Energiepolitik, „damit unsere Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft in einer intakten Umwelt leben können“.

In ihrer Rede distanzierte sich Tegtmeier von dem „bizarren“ Heimatbegriff der NPD. „Die Anlehnung an die Nazis im Dritten Reich ist ja offensichtlich“, sagte sie. Heimat zu haben und sich an einem Ort heimisch zu fühlen, bedeutet Tegtmeier zufolge auch, mit den Menschen, die dort leben, die gleichen Werte, die gleichen Vorstellungen für eine lebenswerte Gesellschaft zu teilen. „Heimat ist daher nicht nur der Boden, auf dem wir stehen, und die Luft, die wir atmen“, sagte sie. Für Demokraten habe „Heimat“ auch etwas mit Toleranz zu tun. „Heimat zu haben, heißt auch, sich verantwortungsbewusst für die Gesellschaft einzubringen und den Nachbarn und Mitmenschen mit Zuneigung zu begegnen“, betonte die Sozialdemokratin. Nur als offene, demokratische und tolerante Heimat für alle habe Mecklenburg-Vorpommern die Chance, wirklich voranzukommen. „Ein nazifreies Mecklenburg-Vorpommern bietet die besten Zukunfts- und Arbeitsplatzperspektiven für junge Leute“, ist sich Tegtmeier sicher.

## Wechsel

**DIE LINKE**  
**mit neuem Fraktionschef**



Helmut Holter

Am 21. April wählten die Abgeordneten der Linksfraktion turnusgemäß ihren Vorstand. Die Fraktion wird jetzt vom bisherigen Stellvertreter, Helmut Holter, geführt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Regine Lück und Prof. Dr. Fritz Tack gewählt. Gabriele Mest'an wurde als Parlamentarische Geschäftsführerin bestätigt.

Holter gehörte dem Landtag vom 15. November 1994 bis 31. Dezember 2002 an, war 1998 bis 2002 Minister für Arbeit und Bau und stellvertretender Ministerpräsident sowie von November 2002 bis November 2006 Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung. Am 17. September 2006 wurde er erneut über die Landesliste seiner Partei in den Landtag gewählt.

# Erfolgsgeschichte

**Landtag beschließt weitere Unterstützung des Tourismus**

■ Die Erfolgsgeschichte des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern soll fortgeschrieben und nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Die Regierungsfractionen CDU und SPD haben dazu am 2. April einen Antrag mit dem Titel „Tourismus als zuverlässiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung stärken“ in den Landtag eingebracht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, „auch weiterhin die touristische Entwicklung durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen“. Redner der Opposition kritisierten den Antrag als überflüssig. Die eigentlichen Herausforderungen würden nicht thematisiert.

Das Land soll in seinen Anstrengungen nicht nachlassen, sagte **Mathias Löttge** (CDU) zur Begründung des Antrages. Vielmehr müssten die Bemühungen um Qualitätsverbesserung und um Steigerung der Zahl ausländischer Gäste „zielgerichtet fortgesetzt“ werden.

Auch Wachstumsbranchen bedürfen der Unterstützung, sagte Verkehrsminister **Volker Schlotmann**, der als Redner Wirtschaftsminister Jürgen Seidel vertrat. Der Tourismus sei als Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern so wichtig wie in keinem anderen Bundesland. „Mit 8,5 Prozent trägt er zum Volkseinkommen bei“, sagte der Minister. Das ist seinen Angaben nach mehr als doppelt so viel wie im bundesdeutschen Durchschnitt, der bei 3,8 Prozent liegt. 130.000 Mitarbeiter seien im Tourismus beschäftigt. 2008 habe das Bundesland einen Rekord von 27,5 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet der Tourismusverband dem Minister zufolge ein weiteres Plus für 2009. Im Jahr 2010 solle in Mecklenburg-Vorpommern erstmals die Zahl von einer Million Übernachtungen ausländischer Gäste erreicht werden. Um sich international zu etablieren, sei es nötig, renommierte Veranstaltungen im Land auszutragen. Als Beispiele nannte er den German Travel Mart, die wichtigste deutsche Messe für ausländische Reiseeinkäu-



Fotos: Jens Büttner

fer im Mai in Warnemünde, und die Jahreskonferenz der American Tourism Society Ende Oktober in Heiligendamm. Zudem seien bis 2010 Investitionen in Höhe von rund 250 Millionen Euro im Bereich Tourismus geplant.

Nach Angaben der Linkspartei hat jeder zweite Beschäftigte im Tourismus Mecklenburg-Vorpommerns einen Billig-Job. Den prekären Beschäftigungsverhältnissen müsse auch im Eigeninteresse der Branche ein Ende gesetzt werden, forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraction, **Helmut Holter**. Lohndumping und weniger Rechte für Arbeitnehmer führten in die Sackgasse. Der Tourismusstandort könne an Attraktivität nur gewinnen, wenn auch die Arbeit für die Beschäftigten attraktiver werde. Holter verwies auf Umsatzverluste in der Gastronomie des Landes, was auch mit mangelhafter Servicequalität zu tun habe, und auf die Nachwuchsprobleme der Branche. Der Antrag ist seiner Meinung nach nichtssagend. Ob er angenommen werde oder nicht – das mache keinen Unterschied.

Die Tourismusbranche verdiene Respekt, sagte **Detlef Müller**, Sprecher für Tourismus der SPD-Fraktion. Der Wettbewerb sei hart. „Die Mitbewerber schlafen nicht“, warnte er. Der Tourismus müsse weiter unterstützt werden. Defizite sieht er unter anderem noch im Servicebereich. Nach Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden **Michael Rooff** ist der Tourismus in der Tat eine Erfolgsgeschichte. Das aber müsse der Landtag nicht beschließen, bemängelte er den Antrag. Stattdessen forderte er eine Debatte unter anderem da-

rüber, wie mehr ausländische Gäste ins Land geholt, wie Barrierefreiheit geschaffen und wie die Flughäfen für mehr Kurzurlauber fit gemacht werden könnten.

**Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD, bezeichnete den Antrag als substanzlos. Die schlechten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und das geringe Eigenkapital der einheimischen Gastronomen seien Dinge, die debattiert werden müssten. Die Probleme im Land lägen ganz woanders – unter anderem im „massiven“ Verlust von Einwohnern. Außerdem sieht er eine Deindustrialisierung des Landes, der nur mit Tourismus nicht entgegengewirkt werden könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Ein Änderungsantrag der FDP wurde abgelehnt.



# Konzept für Flughäfen

**Koalitionsfraktionen lehnen FDP-Antrag ab**

■ Die Landesregierung soll nach dem Willen der Liberalen gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern ein Flughafen-Konzept für die gesamte Region erarbeiten. Dabei sollen auch die Beteiligung von privaten Investoren und Kooperationsmöglichkeiten zwischen bereits bestehenden Flughäfen berücksichtigt werden.

„Wir müssen über unseren Tellerrand schauen“, forderte FDP-Fraktionschef **Michael Rooff**, der den Antrag am 2. April in den Landtag einbrachte. Der größte Flughafen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock-Laage, arbeite seit Jahren mit Verlusten. In Barth werde gerade eine Abfertigungshalle gebaut, obwohl die Landebahn brach liege. In beiden Fällen würden Kommunen als Eigentümer in unzumutbarer Höhe belastet. Das Betreiben von Flughäfen ist seiner Meinung nach ohnehin nicht Aufgabe von Städten und Gemeinden. Den Passagierflughafen Heringsdorf auf der Insel Usedom nannte er dagegen als Beispiel, das zeige „wie es funktionieren kann“. In der Ausrichtung Parchims als Luftfrachthafen sieht er einen „vernünftigen Ansatz“. Aber insgesamt könne seiner Überzeugung nach die Wirtschaftlichkeit von Flughäfen nur garantiert werden, wenn es eine enge Kooperation in Norddeutschland gibt.

Verkehrsminister **Volker Schlotmann** zeigte sich überzeugt, dass noch vor der Bundestagswahl ein bundesdeutsches Flughafenkonzept verabschiedet wird. In den Rahmen müsse sich auch Norddeutschland einfügen. „Zwischen Hamburg und Berlin ist sicher kein Platz für einen Großflughafen“, sagte der Minister. Mecklenburg-Vorpommern habe Chancen im Frachtverkehr und bei Urlaubsreisen ins Land. Diese Interessen gelte es bei den norddeutschen Nachbarn durchzusetzen. „Ich bin optimistisch, dass spätestens nächstes Jahr ein überarbeitetes norddeutsches Luftverkehrskonzept vorliegt“, prognostizierte er. Die Konzeption



Foto: Jens Büttner

sei also in Arbeit und der FDP-Antrag deshalb überflüssig.

**Jochen Schulte** (SPD) steht einer norddeutschen Gesamtlösung skeptisch gegenüber. Da gebe es eher Konkurrenz als Gemeinsamkeiten. Schließlich zielten die Flughäfen in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern auf die gleiche Klientel ab. Er sieht da keine gemeinsamen Interessen. Private Investoren könnten nur gewonnen werden, wenn das entsprechende Passagieraufkommen gewährleistet und damit der Flughafen auch für die Fluggesellschaften interessant ist. Die Intention des FDP-Antrages sei nicht verkehrt, aber eine Umsetzung nicht Erfolg versprechend.

**Birgit Schwebs** (DIE LINKE) wies darauf hin, dass Flugzeuge die klimaschädlichsten Verkehrsmittel und dennoch steuerlich privilegiert seien. In Zeiten der Krise verbiete sich erst recht jede Art von Subventionierung des Luftverkehrs. Während die Fluggesellschaften Gewinne einfahren, würden die Flughäfen oft auf Defiziten sitzen bleiben. Den FDP-Antrag hält sie für diskussionswürdig. DIE LINKE fordere schon lange eine regional übergreifende Flughafenentwicklung. Effizienzsteigerung müsse dabei das Ziel sein, nicht die Erweiterung des Flugverkehrs. „Die Fliegerei muss teurer werden“, forderte sie. Die Beteiligung privater Investoren sei sinnvoll. Allerdings macht in ihren Augen ein Konzept aus rein norddeutscher Sicht ohne Berlin keinen Sinn. Einer Überweisung stimme ihre Fraktion zu, weil eine Diskussion über das Thema wichtig sei.

**Egbert Liskow** (CDU) plädierte dafür, abzuwarten, bis die Vorstellungen der Bundesregierung vorliegen. In diesem Rahmen könne Mecklenburg-Vorpommern dann seine Konzeption festschreiben, eventuell auch in Abstimmung mit den anderen norddeutschen Ländern. Er verwies auf die Aussage des Verkehrsministers, dass nächstes Jahr ein Konzept vorliegen soll. Der FDP-Antrag werde daher zu diesem Zeitpunkt abgelehnt.

**Birger Lüssow** (NPD) hält es für logischer, wenn zunächst die Landesregierung „Ergebnisse“ für das Land vorlegen würde. Danach könne dann über ein Flughafenentwicklungskonzept für Norddeutschland gesprochen werden. Zudem fehle noch das Konzept der Bundesregierung. Die FDP wolle den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Seine Fraktion stimme dennoch einer Überweisung zu. Der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

## Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern

- FRLG Flughafen Rostock-Laage-Güstrow GmbH
- Ostseeflughafen Stralsund Barth GmbH
- Flughafen Heringsdorf GmbH
- Flughafen Parchim-Mecklenburg GmbH
- Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH

# Gesetz für Senioren

**Koalitionsfraktionen lehnen  
Entwurf der Linken ab**

■ Die LINKE hat auf der Landtags-sitzung am 1. April einen Gesetzentwurf für die Mitwirkung von Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. In elf Paragraphen soll nach dem Willen der Linksfraktion festgelegt werden, wie Einwohner des Landes, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, in Würde und in Solidarität mit jüngeren Generationen altern können. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

■ Bislang habe nur Berlin ein solches Seniorenmitwirkungsgesetz, sagte **Prof. Dr. Wolfgang Methling** (DIE LINKE) bei der Begründung. Mit dem Gesetz solle zudem eine Forderung des 5. Altenparlaments aus dem Jahr 2007 erfüllt werden. Die Mitwirkungsrechte der Senioren sowie ihrer Vertretungen werden somit verbindlicher als bisher geregelt, betonte Methling. Die Forderung nach einem Gesetz habe das Altenparlament immer wieder erneuert, sagte auch Sozialministerin **Manuela Schwesig**. Ihr Ministerium habe längst einen Referentenentwurf erarbeitet. Der werde derzeit mit dem Landesseniorenbeirat abgestimmt. Den Linken warf sie

vor, ihren Entwurf „1:1 abgeschrieben“ zu haben. Es sei eine „Zumutung“, dass die Linksfraktion den Gesetzentwurf jetzt an die Seniorenverbände im Land schicke, um sie um Stellungnahme für ihr eigenes Gesetz zu bitten. „Das finde ich schon sehr seltsam. Und mich wundert eigentlich, dass Sie mich nicht noch gebeten haben, Ihnen den Redebeitrag zu schreiben“, sagte die Ministerin. Ein Gesetzentwurf könne nicht einfach durchgedrückt, sondern müsse mit den Betroffenen beraten werden.

**Günter Rühls** (CDU) hält den Gesetzentwurf der Linken für überflüssig. „Das ist nur mehr Bürokratie, ohne an Gestaltungsfreiheit zu gewinnen“, sagte er. Der Landtag sei ohnehin die gewählte Vertretung aller Bürger. Einer Altersgruppe nun so weitreichende Sonderstellung zu gewähren, verstößt seiner Meinung nach gegen den Gleichheitsgrundsatz. Zudem bezeichne der Entwurf der Linksfraktion alle Menschen ab 60 als Senioren. Rentner werde man aber erst mit 67. Das sei ein Widerspruch. Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen. Er sicherte aber den Senioren weitreichende Unterstützung zu. Sie seien ein „Gewinn für die Gesellschaft“. Auf ihre Lebenserfahrung könne nicht verzichtet werden.

**Ralf Grabow**, sozialpolitischer Sprecher der FDP, warnte davor, berechnete Forderungen des Altenparlaments parteipolitischen Interessen zu opfern. Aber auch er hält ein Gesetz für nicht notwendig, um älteren Menschen Mitwirkungsrechte zu garantieren. „Wenn es Probleme bei der Finanzierung des Landeseniorenbeirates

gibt, warum thematisieren wir das nicht bei der kommenden Haushaltsdebatte?“, fragte er.

**Jörg Heydorn** (SPD) appellierte daran, geordnete Verfahren für die Gesetzgebung sicherzustellen. Zu dem Entwurf müssten erst die Meinungen der Fachleute und anderer Ministerien eingeholt werden. Es könne aber nicht sein, dass eine Fraktion einfach von der anderen abschreibe. Dann könnten künftig „aus allen Ecken irgendwelche Gesetzentwürfe eingebracht werden, nach dem Motto: Da ist Ihnen was Geniales eingefallen und dafür, dass das Ihrem Referentenentwurf bis aufs Haar gleicht, können wir leider nichts.“ Diese Praxis müsse unterbunden werden.

Nach Auffassung von **Stefan Köster** (NPD) besteht das „Volk aus der Gesamtheit seiner Angehörigen“. Da dürften weder Ältere noch Jüngere bevorzugt werden. Es sei zwar ein interessanter Ansatz im Entwurf vorhanden, aber, so fragte er: „Ist solch ein Gesetz wirklich notwendig?“

**Irene Müller** (DIE LINKE) widersprach den Vorwürfen, ihre Fraktion habe abgeschrieben. Ähnliche Entwürfe seien bereits im Thüringer und im Sächsischen Parlament debattiert und in Berlin auch angenommen worden. „Wir haben alle Dinge, die vorhanden waren, ordnungsgemäß zusammengeführt. Und ich denke, so ist es vernünftig.“ Das Fahrrad müsse ja nicht neu erfunden werden, wenn um die Ecke schon eins stehe. Sie verteidigte auch die Notwendigkeit, gesetzliche Regelungen einzuführen. „Sonst fühlen sich die Senioren nicht sicher“, begründete sie.

Foto: Uwe Balewski



Das 6. Altenparlament findet am 25. Juni 2009 im Schweriner Schloss statt.



# Landtag ändert Hochschulgesetz

## Kontroverse Debatte über Verwaltungsgebühren

■ Die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern dürfen Verwaltungsgebühren von den Studenten erheben. Der Landtag änderte dafür am 1. April das Landeshochschulgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU. Die Einrichtungen können Gebühren unter anderem für Immatrikulation, Rückmeldung, Vermittlung von Praktika und Studienberatung verlangen. Stattdessen ist auch ein pauschaler Verwaltungskostenbeitrag von höchstens 50 Euro möglich. Kostenfrei soll die Nutzung von Bibliothek, Rechenzentren und Archiven bleiben. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Minister Henry Tesch:

## „Wir erweitern die Handlungsspielräume der Hochschulen“



Foto: Uwe Balewski

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, dass heute in diesem Hohen Haus über zwei wichtige und dringliche Änderungen zum Landeshochschulgesetz abgestimmt wird. Alle Änderungen betreffen bedeutsame Regelungsbereiche der Hochschulen. Sie geben ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten und Handlungsspielraum. [...]

Das dritte Änderungsgesetz betrifft die Tenure-Track-Option für zunächst befristet eingestellte Juniorprofessorinnen und -professoren und zweitens die Aufhebung der Wiederwahlbegrenzung in Hochschulleitungsfunktionen, die insbesondere kleinere Fachbereiche behinderte. Zur Tenure-Track-Option: Mecklenburg-Vorpommern ist eines von zwei Bundesländern, das bei der Besetzung von Professuren eine öffentliche Ausschreibung ohne jede Ausnahme vorsieht. Diese Regelung hat sich als zu starr und im Wett-

bewerb um die besten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als nachteilig erwiesen. Hier muss es möglich sein, Karriereperspektiven durch den Hinweis auf eine Übernahmeoption nach befristeter Tätigkeit aufzuzeigen. [...] Eine Investition in die Forschungsvorhaben exzellenter Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler kann dann nachhaltig werden, wenn es gelingt, diese Exzellenz an unsere Hochschulen zu binden. Das Leistungsprinzip bleibt gewahrt, und die Hochschulen können bei ihrer strategischen Planung und Personalentwicklung flexibler agieren. Vergleichbare Erwägungen sind anzustellen, wenn eine zunächst befristet besetzte Professur, beispielsweise als Stiftungsprofessur, mit der Amtsinhaberin oder dem Amtsinhaber verstetigt werden soll. [...]

Der zweite Punkt im dritten Änderungsgesetz ist die Abschaffung von hochschulge-

setzlichen Wiederwahlbeschränkungen. In erster Linie [...] ist es hier eine Geschichte, die den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung trägt, wenn eine Wiederwahl dort nicht mehr rechtswidrig ist, wo nicht genügend Mitglieder für eine Rotation bei der Wahrnehmung von Selbstverwaltungsämtern und Funktionen zur Verfügung stehen. Aber auch hier gilt, wir erweitern die Handlungsspielräume der Hochschulen, weil wir auf eine gesetzliche Vorgabe verzichten.

Und das bringt mich zum nächsten Punkt, dem vierten Änderungsgesetz. [...]

Zur Erinnerung sei gesagt, dass das Oberverwaltungsgericht in Greifswald in seinem Urteil vom März 2008 die gesetzliche Regelung in Paragraph 16 Absatz 5 des Landeshochschulgesetzes von 2006 für die Erhebung von Einschreibe- und Rückmeldegebühren als zu unkonkret erachtet hat. Da sie infolge des Urteils keine Einschreibe- und Rückmeldegebühren mehr erheben konnten, entstanden den Hochschulen Einnahmeverluste. Die Einwände und Anregungen der Hochschulen aus der Anhörung zum Gesetzentwurf sind vom Bildungsausschuss, soweit geboten, in seiner Beschlussempfehlung berücksichtigt. Insbesondere der geplante einheitliche Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50 Euro pro Semester wurde von den Studierenden und den Hochschulen äußerst kritisch gesehen. [...]

Der Bildungsausschuss hat daraufhin die Regelung überarbeitet und ein Änderungsgesetz vorgelegt, das den Hochschulen [...] ein hohes Maß an Autonomie und Eigenverantwortung überträgt. [...] Eine wichtige Botschaft an die Hochschulen ist dabei, dass die Gebühren, Beiträge und Entgelte den Hochschulen in vollem Umfang zur Verfügung stehen und diese über ihre Verwendung eigenverantwortlich entscheiden können. [...] Eine solche Verwendung ist die unmittelbare Verbesserung der Serviceleistung für die Studierenden. Hierzu zählt beispielsweise eine individuelle Betreuung bei der Studien- und Prüfungsorganisation, eine individuelle und damit verbesserte Studienberatung insgesamt oder aber auch Ange-

bote der Hochschulen zur Gründerlehre und gegebenenfalls nachfolgend Beratung für Existenzgründervorhaben.

Und ich will es auch noch mal sagen: Es sind keine Studiengebühren, die wir in diesem Land einführen. [...] Dafür setzt

sich die Landesregierung weiterhin ein, dass dies hier nicht passiert. Herzlichen Dank.“

**Prof. Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:**

## „Der Schwarze Peter ist den Hochschulen zugeschoben“



■ „Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Wieder legt uns die Koalition einen Entwurf zur Änderung des Landeshochschulgesetzes vor [...]

Wie schon beim Landesgraduiertengesetz präsentierten uns die Koalitionäre am Beginn der entscheidenden Ausschusssitzung einen wesentlich veränderten Gesetzentwurf. Offensichtlich konnte man sich wieder einmal erst in letzter Minute, sozusagen über Nacht, auf diesen Entwurf einigen. Das wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen den Koalitionären und das Verhältnis zum Bildungsministerium. [...]

Einige rechtliche Bemerkungen zur LHG-Novelle. Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende, aus unserer Sicht ist das gewählte Verfahren nicht gemäß Paragraf 20 der Geschäftsordnung des Landtages erfolgt.

*(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)*

[...] Aus unserer Sicht hätte anders entschieden werden müssen. Es hätte entschieden werden müssen, welcher Gesetzentwurf die Grundlage ist zur Einfügung anderer Regelungen, und wir beziehen dieses ausdrücklich nicht nur auf kon-

kurrierende Gesetzentwürfe [...]

Nun zu den Inhalten, insbesondere den Paragrafen 16 möchte ich hierbei berühren [...]

In Absatz 5 ist geregelt, dass die Hochschulen für Verwaltungsdienstleistungen Gebühren, Beiträge und Entgelte erheben können. Der Schwarze Peter ist den Hochschulen zugeschoben, die Verantwortung dafür auch. Dass ein Druck auf die Hochschulen entstehen wird – wenn eine Hochschule beginnt, gibt es einen Druck auf die anderen Hochschulen –, das ist völlig klar. Das ist auch in der Anhörung deutlich geworden.

Außerdem sagen Sie, die Gebühren, Beiträge und Entgelte stehen den Hochschulen zur Verfügung. Sie sagen das nicht nur, das steht im Gesetzentwurf. Nun will ich aber dann die Praxis einmal sehen, wie es bei der Debatte über Zielvereinbarungen ist, welche Rolle dabei diese Gebühren spielen, ob nicht doch ein Druck entwickelt wird, diese Gebühren zu erheben, auch im Vergleich mit anderen Hochschulen. Und ob es dauerhaft so ist, dass diese selbst erwirtschafteten Finanzmittel dann nicht angerechnet werden auf die Mittel, die vom Lande kommen, das werden wir auch sehen. Dazu gibt es ja auch Erfahrungen in den anderen Bundesländern.

Zum Absatz 6, hier geht es um die Verwaltungsdienstleistungen, die im Zusammenhang mit Immatrikulation, Rückmeldung, Exmatrikulation, Hochschulzulassung, Organisation der Prüfung und so weiter erlassen werden. Ich will zumindest darauf hinweisen, dass dort steht „insbesondere“. Insbesondere heißt, es ist keine abschließende Aufzählung, sondern absichtsvoll hat man „insbesondere“ geschrieben [...]

Im Absatz 7 geht es dann um weitere Leistungen, für die gesondert Gebühren und Entgelte erhoben werden können. Dazu zählen – dann auch wieder „insbesondere“ genannt, also die Aufzählung ist nicht vollständig, sondern kann ergänzt werden – Angebote, die unterbreitet werden und nicht Bestandteil von Prüfungs- und Studienordnungen sind, im Sprachbereich, Zulassungsentscheidungen zum Studienkolleg, Fernstudium, insbesondere auch dort wieder Bereitstellung von Fernstudienmaterialien und so weiter [...]

Die Linksfraktion unterstützt die vorgesehene Änderung des Verfahrens zur befristeten/unbefristeten Berufung von Professoren. Dadurch wird es entbürokratisiert, und die Kompetenzen der Hochschulen werden gestärkt. Das sehe ich ganz genauso wie der Minister. Die Einführung einer pauschalen Verwaltungsgebühr lehnen wir entschieden ab. Damit wird die Tür geöffnet für weitere Studiengebühren, auch wenn Sie das Gegenteil behaupten. Die ohnehin vorhandene Tendenz zur sozialen Selektion an Hochschulen in Deutschland wird dadurch verstärkt. Dem werden wir weiterhin Widerstand entgegensetzen.“

**Mathias Brodtkorb, SPD:**

## „Es ist insgesamt ein vernünftiger Kompromiss“

Foto: Uwe Baleski



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorsitzende des Ausschusses hat in ihrem Bericht bereits dargelegt, dass sich die beiden Änderungsgesetze schon lange im Verfahren befinden. Insofern ist es gut, dass wir heute endlich zum Abschluss kommen. Die Hochschulen erwarten das auch. [...]

Ich möchte hierzu folgende vier Punkte vielleicht noch präzisierend ausführen: Erstens. Die Hochschulen entscheiden, ob und in welchem Umfang sie Gebrauch machen von dieser Regelung. Zweitens. Die Koalitionäre schlagen ihnen vor, für die allgemeinen Verwaltungsleistungen jedoch einen Höchstbetrag von 50 Euro vorzusehen.

*(Andreas Bluhm, DIE LINKE:*

*Nur für einen Pauschalbetrag ist das geregelt. –*

*Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)*

Ja, für den Pauschalbetrag.

*(Andreas Bluhm, DIE LINKE:*

*Ja, wenn sie einzeln erheben, ist es mehr. Gucken Sie mal genau hin!)*

Drittens. Wir regeln gesetzlich, dass der Verbleib der Mittel bei den Hochschulen gesichert ist. [...]

Viertens. Der Absatz 12 stellt sicher, dass weitere Gebühren [...] nicht zulässig sind und außerdem natürlich die Hochschulen auch von Ermäßigungstatbeständen Gebrauch machen können, zum Beispiel aus

sozialen Gründen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das [...] insgesamt eine sinnvolle Lösung ist, den Hochschulen dies selbst zu überlassen. Ich möchte daher zum Abschluss meiner Rede kurz noch mal auf Herrn Professor Methling eingehen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:*

*Sie meinen also, es wird keinen Druck geben auf die Hochschulen?)*

Sie haben folgende Formulierung verwendet: Es werde eine Tür geöffnet.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)*

[...] Die Koalitionäre würden den Schwarzen Peter an die Hochschulen schieben.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)*

Und wir würden jetzt beginnen, Verwaltungsgebühren einzuführen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Studiengebühren habe ich gesagt.)*

Meine Damen und Herren, diese Wortwahl stammt aus der Abteilung „Tricksen und Täuschen“. Ich muss das so deutlich sagen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:*

*Ja, Sie tricksen und täuschen mit Ihren Ausführungen.)*

Herr Professor Methling, ich zitiere aus dem heute gültigen Hochschulgesetz, be-

schlossen von der rot-roten Koalition im Jahre 2002. Ich vermute, viele aus Ihrer Fraktion werden seinerzeit die Hand gehoben haben.

*(Reinhard Dankert, SPD: Alle.)*

Die derzeit gültige Gesetzesfassung lautet: [...] Die Hochschulen können Gebühren, Beiträge und Entgelte erheben.

*(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)*

Wenn Sie das ernst meinen, was Sie hier gesagt haben, dann haben Sie selbst dazu beigetragen, den Schwarzen Peter an die Hochschulen zu schicken, dort Druck zu erhöhen und Verwaltungsgebühren einzuführen. Ich weiß nicht, ob Sie nicht darüber informiert sind, dass die Hochschulen seit Bestehen des Landes Verwaltungsgebühren erheben wie in jedem anderen Bundesland auch.

*(Harry Glawe, CDU: So ist das.)*

[...] Wenn Sie überhaupt das würdigen wollen, was wir hier machen, dann ist die Realität folgende, Herr Professor Methling: Sie selbst haben vor ein paar Jahren zusammen mit der SPD in das Gesetz reinschreiben lassen – dazu stehen wir auch noch –, dass die Hochschulen das tun können. Was machen jetzt die Koalitionäre?

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:*

*Die schaffen einen Druck, dass sie es tun.)*

Hören Sie doch einfach zu!

Wir schränken dieses Können ein, indem wir ganz klar sagen, [...] für welche Tatbestände es überhaupt möglich ist, Gebühren zu erheben, und für welche nicht.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)*

In der Fassung, die wir ursprünglich mal in Geltung hatten, gab es ab dem heutigen Tage beziehungsweise mit Beschluss des Gesetzes keinerlei Einschränkungen für die Hochschulen, Gebühren im Verwaltungsbereich zu erheben. [...]

Und was die rot-schwarze Koalition jetzt auf Aufforderung des Verwaltungsgerichtes macht, ist, die Gebührentatbestände einzuschränken und sie mit einer Obergrenze zu versehen. Das heißt, so gesehen ist das eine Verringerung der Gebüh-

renspflicht [...] oder der gesetzlichen Möglichkeiten überhaupt,

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Aber die Einschränkung ist sehr  
umfangreich, insbesondere.)*

eine Beteiligung an Verwaltungsgebühren vorzunehmen, und keine Ausweitung. Deswegen würde ich Sie bitten, wenn Sie sich an Tortenschlachten beteiligen, aufzupassen, dass nicht die Buttertorte im eigenen Gesicht landet, wenn Sie solche Dinge behaupten.

*(Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Das ist ganz schwach, Herr Brodkorb.  
Das ist ganz schwach. –*

*Gabriele Mest'án, DIE LINKE: Haben Sie  
keine anderen Argumente? –  
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling,  
DIE LINKE)*

Das sind die Realitäten!

Meine Damen und Herren, deswegen möchte ich zum Abschluss noch einmal sagen, wir sollten nicht damit beginnen, hier zwei völlig verschiedene Sachverhalte zu vermengen. Die Koalition, genauso übrigens wie die alte rot-rote Koalition, stand

zu der Aussage, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keine Studiengebühren für originäre Studienleistungen gibt.

*(Michael Roof, FDP: Sehr richtig.)*

Die gibt es heute nicht, die wird es auch in Zukunft, soweit wir darauf Einfluss haben, nicht geben.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Und was ist die Immatrikulation?)*

Das eigentliche Studium, das heißt die fachliche Betreuung, ist nicht identisch mit danebengestellten Verwaltungsdienstleistungen. [...]

Genau aus dieser Überlegung heraus, das wäre mein letzter Punkt, hat sich die Koalition auch darauf verständigt, aus dem Absatz 6 die Bibliotheken, die Archive und die EDV wieder herauszunehmen, weil es sehr gute Argumente dafür gibt zu sagen, dass selbstverständlich die Arbeit mit Büchern zu den originären fachlichen Betreuungsaufgaben einer Universität gegenüber den Studierenden gehört.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:*

*Ja, dafür können sie jetzt  
Sondergebühren eintreiben.)*

Deswegen werden weiterhin für die Regelleistungen von Bibliotheken, Rechenzentren oder Archiven keine Gebühren in Mecklenburg-Vorpommern erhoben.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Das ist doch wirklich Trickserie,  
Herr Brodkorb.)*

Ich denke, es ist insgesamt ein vernünftiger Kompromiss. [...]

Wir alle sollten uns einfach ab und zu den Spiegel vor Augen halten, um zu sehen, was wir vielleicht selber einmal beschlossen haben und wogegen wir uns heute groß rhetorisch wenden, dann könnten wir alle etwas unaufgeregter hier im Land debattieren.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Aber das haben wir nicht beschlossen,  
Herr Brodkorb. Sie können wunderbar  
die Worte dreheln, aber wahr  
wird das noch nicht.)*

Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

**Hans Kreher, FDP:**

## „Flächendeckende und willkürliche Gebühren lehnen wir kategorisch ab“

Foto: Uwe Baleski



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Studenten der Universität Greifswald hatten zu Recht geklagt, dass es keine Grundlage für die Erhebung von Rückmeldegebühren an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Die erfolgreiche Klage hat die Universitäten

aber in noch größere finanzielle Nöte gestürzt [...]. Anstatt [...] die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen zu lösen, flickt das Bildungsministerium die Gesetzeslücke notdürftig zu [...].

Paragraf 16 Absatz 6 regelt nun, dass Hochschulen eine Flatrate von 50 Euro für die Verwaltungsleistung [...] erheben.

[...] Dieses hat nichts mit der Qualität der Leistung zu tun, es ist einfach eine Hochschulmaut. [...]

Flächendeckende und willkürliche Gebühren über die Hintertür von Verwaltungskostenbeiträgen lehnen wir kategorisch ab. [...] Sie beseitigen weder die schwindstüchtige Unterfinanzierung der Hochschulen noch tragen sie zur Verbesserung der Qualität bei. [...] Hochschulen müssen [...] selbst entscheiden [...] können, für welche Leistungen sie welche Gebühren erheben [...]. Letztlich [...] wurde ein Loch geflickt, durch welches den Hochschulen [...] Rückmeldegebühren verloren gegangen wären. [...]

Studierende und Hochschulen erhalten nun flächendeckende Studiengebühren ohne Gegenleistung. [...] Beitragsautonomie ist das Gegenteil von flächendeckenden Studiengebühren.

[...] Dieses wäre ein zukunftsorientierter Prozess, bei dem die unmittelbar Beteiligten entscheiden, welchen Weg sie wählen wollen. Jetzt werden sie durch das Minis-

terium gegängelt. [...] Kreativität und Motivation kann man so an den Hochschulstandorten nicht steigern. Mehr Studierende ins Land locken kann man damit schon gar nicht [...], denn eine Qualitätsverbes-

serung ist [...] wohl nicht zu erwarten. [...] Wir haben die berechnete Befürchtung, dass es um die Zukunft der Hochschulen schlecht bestellt ist. Dabei braucht Mecklenburg-Vorpommern gerade jetzt

die richtigen Impulse, um das Land aus seiner Bildungsmisere herauszuführen. [...] Die Einführung von flächendeckenden Verwaltungsgebühren gehört mit Sicherheit nicht dazu. [...]"

**Birger Lüssow, NPD:**

## „Benachteiligen Sie nicht die eigene Bevölkerung gegenüber Fremden oder Minderheiten!“



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Ich habe Ihnen schon bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes gesagt, dass wir das ablehnen, was Sie uns hier vorlegen. Ihre Ergänzung im vierten sowieso, denn wir wollen keine Studiengebühren beziehungsweise keine weiteren Verwaltungsgebühren, [...] Es werden in diesem Land reichlich Steuern gezahlt, damit dürfte das Bildungswesen ausreichend versorgt sein.

Die Leute haben aber keine Lust, Steuern zu bezahlen, um Ihren Bürokratenapparat zu finanzieren oder irgendwelche sinnlosen Integrationsprojekte. [...]

Und benachteiligen Sie nicht die eigene Bevölkerung gegenüber Fremden oder Minderheiten! [...]

... Schauen Sie doch mal rein in Ihren Gesetzentwurf! Unter Ziffer 9 lese ich: [...]

„Ausländische Studierende, die im Rahmen von zwischenstaatlichen oder übernationalen Abkommen oder von Hochschulvereinbarungen oder im Rahmen von Förderprogrammen, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln des Bundes oder der Länder finanziert werden, immatrikuliert sind, sind von der entsprechenden Gebühr- oder Beitragspflicht ausgenommen.“ [...]

So geht das also bei Ihnen. Erst zahlen deutsche Steuerzahler Förderprogramme für ausländische Studierende und dann werden sie von den Studiengebühren ausgenommen. [...]

Ein deutscher Student muss nebenher arbeiten, und der ausländische Student kann sich voll auf sein Studium konzentrieren. Das ist Ungleichbehandlung. [...]

Zu dem Gesetz als solches habe ich in der Ersten Lesung Stellung bezogen. Wir lehnen Ihre Vorlagen hier ab.“

**Ilka Lochner-Borst, CDU:**

## „In dieser Koalition wird es nicht zur Einführung von Studiengebühren kommen“

■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum letzten Redebeitrag vielleicht nur ein Satz: Man merkt, dass Herr Molau nicht mehr da ist. Da waren wenigstens die Reden sachlich richtig aufgeschrieben, das klappt jetzt auch schon nicht mehr. [...]

Meine Damen und Herren, wenn man die heutige Diskussion hier im Landtag als Außenstehende oder als Außenstehender betrachtet, dann könnte man in der Tat

den Eindruck gewinnen, dass sich die Koalitionsfraktionen mal eben über Nacht einen Verwaltungskostenbeitrag ausgedacht haben. [...]

Dass das nicht der Fall ist, wollten die Oppositionsfraktionen, vor allem aber die Fraktion DIE LINKE, viel besser wissen. [...]

Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich daran erinnern, dass wir hier eine gesetzliche Lücke schließen, die auch Sie, Herr Professor Methling, in der letz-

ten Legislaturperiode zumindest gebilligt [...] oder sogar mitgetragen haben oder [...] Sie wussten es einfach nicht besser. Wenn Sie es nicht besser wussten, dann stehen Sie heute auch dazu! [...]

Im Jahr 2007 haben die Hochschulen auf der Grundlage des damals geltenden Landeshochschulgesetzes 1,5 Millionen Euro eingenommen. Durch eine Klage vor dem Obergericht durch einen Studierenden der Universität Greifswald wur-

Foto: Uwe Balawski



Ilka Lochner-Borst, CDU

de festgestellt, dass die damaligen Regelungen zu unkonkret seien. Damit sind für die Hochschulen die eben genannten Einnahmen in Größenordnungen weggebrochen. Das wollen wir heute verändern. Und wir tun dies, indem wir den Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie selbst überlassen, ob und in welcher Höhe, bis maximal 50 Euro, sie einen Verwaltungs-kostenbeitrag erheben. Sie müssen, entgegen dem, was Sie hier behaupten, Herr Professor Methling, dies nicht tun.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Schauen wir mal. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sie können aber auch mehr erheben, wenn sie keine 50-Euro-Pauschalbeiträge erheben.)*

Ich muss Sie aber an dieser Stelle auch fragen, wo Sie, Herr Professor Methling, persönlich denn waren, als das Landeshochschulgesetz damals novelliert wurde. Wo haben Sie damals im Paragraphen 16 Absatz 5 ein Einfallstor für Studiengebühren gesehen? Damals war dieser Paragraph für Sie kein Thema.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie müssen den Paragraphen auch im Zusammenhang mit den anderen sehen.)*

Hören Sie also auf, überall zu behaupten, dass wir durch die Hintertür Studiengebühren einführen wollten!

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja, das dicke Ende kommt ja noch mit den anderen Absätzen.)*

Wir haben am Paragraphen 6 „Studiengebühren“ im Landeshochschulgesetz nicht eine Silbe mit dieser Beschlussempfehlung verändert, nicht eine. Und wir haben darüber hinaus auch festgeschrieben, dass

es in dieser Koalition nicht zu einer Einführung von Studiengebühren kommen wird. Sie, Herr Professor Methling, und Ihre Fraktion haben den Paragraphen 16 in der letzten Legislaturperiode mitgetragen. Herr Kollege Brodkorb hat ihn bereits zitiert.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben ihn angereichert durch die anderen Absätze.)*

Dass diese Formulierung vor dem OVG nicht standhalten würde, wusste damals vielleicht wirklich niemand, [...] ebenso wie wir heute nicht wissen, wie lange die jetzige Formulierung standhält, [...] weil die Rechtsprechung eben so ist, wie sie ist. [...]

Aber so zu tun, als hätten Sie von der Fraktion DIE LINKE mit Gebühren an Hochschulen so gar nichts zu tun, ist einfach unredlich. [...]

Und anstatt zu Ihrer damaligen Verantwortung zu stehen, Herr Professor Methling, flüchten Sie sich in Geschäftsordnungsdebatten.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, man muss die Geschäfte ordentlich machen.)*

Ich möchte auch noch ein paar Worte in Richtung Studierendenschaften sagen. Wir haben volles Verständnis dafür, dass sie gegen einen Verwaltungskostenbeitrag demonstrieren. Das ist ihr gutes Recht. Allerdings halte ich es für bedenklich, dass man offenbar nur noch bereit ist, anfallende Kosten ausschließlich nach dem Verursacherprinzip zu begleichen. [...]

Ich halte es für richtig, dass die Lasten gleichmäßig auf alle verteilt werden und nicht auf den Einzelnen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Solidarprinzip, ja.)*

Das Verursacherprinzip so in den Vordergrund zu stellen, ist in meinen Augen eine traurige Entsolidarisierung, die auch gesellschaftspolitisch für mich so nicht akzeptabel ist. [...]

Meine Damen und Herren, Herr Kreher, ich möchte Sie darauf noch hinweisen, dass es sich hier nicht um einen Gesetzentwurf des Ministeriums, der Landesregierung handelt. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, [...] mit dem wir nicht flächendeckend einen Verwaltungskostenbeitrag einführen, sondern die Möglichkeit flächendeckend eröffnen.

*(Hans Kreher, FDP: Dann aber durch Zielvereinbarungen und so weiter, das wissen Sie doch auch.)*

Des Weiteren, Herr Kreher, würde ich gern von Ihnen wissen, wenn Sie so sehr gegen diesen Verwaltungskostenbeitrag sind, wo eigentlich im Bildungsausschuss Ihre Änderungsanträge zu den Gesetzentwürfen geblieben sind. [...] Die haben wir zumindest nie gesehen.

*(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Hans Kreher, FDP)*

Meine Damen und Herren, über die übrigen Punkte sind wir uns weitgehend einig. Das hat die Debatte auch gezeigt.

Ich komme damit auch zum Ende meiner Ausführungen. Für meine Fraktion, als hochschulpolitische Sprecherin, möchte ich aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, als Ausschussvorsitzende noch auf die Berichtigung hinzuweisen, die Ihnen heute ausgeteilt wurde. Ich möchte Sie bitten, die Seite 10, um die es hier geht, sich vielleicht einmal anzuschauen. Alles, was dort passiert ist, ist, dass auf Seite 10 Ziffer 2 auf der rechten Seite das Wort „unverändert“ fehlt. Es geht hier nicht um eine Änderung oder irgendeinen dramatischen Vorgang, es geht einfach darum, dass an dieser Stelle leider ein Fehler gemacht wurde, den wir mit der Berichtigung auf der Drucksache 5/2412 korrigieren müssen. [...]

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenardebatte am 1. April 2009

# Volksbefragung zur Kreisgebietsreform?



**Toralf Schnur**

Sprecher der FDP-Fraktion für Petitionen



**Gabriele Mest'an**

Kommunalpolitische Sprecherin  
der Fraktion DIE LINKE  
Stellv. Vorsitzende der Enquetekommission  
„Kommunale Selbstverwaltung stärken“

■ In der Diskussion zum Kreisstrukturgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde aus Sicht der FDP-Fraktion ein entscheidender Fehler gemacht. Die Landesregierung hat bei all ihren Überlegungen zur Reform der Kreisstruktur den Souverän, die Bürger unseres Landes, aus dem Auge verloren. Bekenntnisse zur Einbindung der Bürger blieben nicht mehr als Ankündigungen. Unser Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung zum Kreisstrukturgesetz soll den Parlamentariern vor Augen führen, dass der Bürger mehr in die ihn betreffenden politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden muss.

Politik sollte Größe beweisen und sich nicht immer bei Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung auf die schon vollzogene Legitimation durch Wahlen zurückziehen. Der zunehmende Wunsch und die Bereitschaft der Bürger, Verantwortung für eine aktive Zivilgesellschaft über Wahlen hinaus zu übernehmen, gebieten es, die bewährte parlamentarische Demokratie um mehr direkte Beteiligungsrechte für Bürger zu ergänzen.

Das Kreisstrukturgesetz greift aus meiner Sicht derart in eine bisher regional stabilisierende Verwaltungsstruktur, in das aktive Leben, z. B. in Form von ehrenamtlichem Engagement, und in das Heimatgefühl der Menschen ein, dass dieser staatliche Eingriff einer mehrheitlichen Akzeptanz unter den Bürgern bedarf. Auch wenn die Verfassung sowie das Volksabstimmungsgesetz unseres Landes keine Volksbefragung vorsehen, sollte es doch im Interesse der Landesregierung, ja aller politischen Vertreter sein, dass die Bürger ihrer Meinung zum vorliegenden Gesetz Ausdruck verleihen können.

Das Beispiel der Referendumsdemokratie in der Schweiz zeigt sehr gut, wie so etwas funktionieren kann. Eine Befragung, ein „Mit in die Verantwortung nehmen“ des Bürgers stellt hier im bestimmten Maße ein politisches Korrektiv zur parlamentarischen Gesetzgebung dar. Politik sollte sich nicht immer als „allwissend“ aufspielen. Denn letztendlich sind wir gewählt worden, um die Interessen der Bürger unseres Landes zu vertreten.

■ Meine Fraktion unterstützt ausdrücklich Initiativen der Volksgesetzgebung und eine Aktivierung direkter Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Auf Grund der bekanntermaßen hohen Wertschätzung meiner Fraktion für Volksinitiativen und andere Formen direkter Bürgerbeteiligung ist der Antrag der FDP-Fraktion, eine Volksbefragung zur Kreisgebietsreform durchzuführen, konsequent abzulehnen. Inhalt und Form dieses FDP-Antrages fügen der demokratischen Grundidee der Bürgerbeteiligung insgesamt Schaden zu.

Der Antrag ist FDP-typisch: Er meint nicht, was er sagt, und er sagt nicht, was er meint. Die FDP-Fraktion weiß zwar, dass das Verfahren rechtlich nicht geregelt ist, aber das muss man ja nicht laut sagen. Sie weiß zwar nicht, was sie konkret wissen will, aber darum geht es auch gar nicht. Aber wir befinden uns hier im Landtag und nicht am Stammtisch. Der vorliegende Antrag erinnert sehr an die Bestellung einer Saalrunde durch einen ortsbekannteren Zechpreller. Zu einer Volksinitiative fehlen der FDP-Fraktion offensichtlich Mut, Ernsthaftigkeit und fachliche Vorbereitung.

■ **Eines der wichtigsten politischen Vorhaben ist eine Kreisgebiets- und Funktionalreform. Kontrovers diskutiert wird dabei vor allem der Zchnitt der neuen Kreise und der künftige Status der jetzt noch kreisfreien Städte. Der FDP-Antrag, zur Kreisgebietsreform eine Volksbefragung durchzuführen, wurde am 2. April im Plenum mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.**

Zentraler Kritikpunkt der gegenwärtigen Reformdiskussion ist gerade die weitgehend isolierte Kreisstrukturreform bzw. die fehlende Verbindung mit einer Funktionalreform. Der vorliegende Antrag geht an dieser landesweiten Kritik meilenweit vorbei, denn er soll ja allein zu dem isolierten Kreisstrukturgesetz die Meinungen eruiieren. Er wäre also im besten Fall die Fortsetzung inhaltsarmer Strukturdebatten mit anderen Mitteln. Dass den Antragsstellern dann zu einer möglichen Fragestellung aber nicht eine einzige Silbe einfällt, das spricht schon Bände.

Die Landesregierung muss sich an der Landesverfassung orientieren, und dieser Antrag ist kaum rechtskonform. Der Antrag schweigt zum „Wie“ der Befragung, der Antrag verschweigt das „Worüber“ und der Antrag verkündet das „Wen“.

Einen derart unausgegorenen Antrag an den schillernden Begriff der Volksbefragung zu koppeln, das ist der eigentliche Skandal. Derartig oberflächliche Anträge sind Wasser auf die Mühlen der Kritiker direkter Demokratie.

Foto: Jens Büttner



## Milchgipfel

Von Brüssel bis Karow

■ **Wirtschaft und Politik müssten gemeinsam mit den Landwirten nach Lösungen der Probleme in der Milchwirtschaft suchen. Dies forderte Agrarminister Dr. Till Backhaus bei einer Diskussion zwischen Milchindustrieverband M-V und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel am 18. März.**

Die Milchpreise befinden sich auf Talfahrt – und das nicht erst seit gestern. In Erinnerung geblieben sind der Lieferboykott und die Blockaden vor Molkereien durch wütende Milchbauern von vor fast einem Jahr. Mit jedem Liter Milch, den der Tankwagen der Molkerei aus den Sammelbehältern pumpt, gibt der Bauer dem Fahrer quasi gleich 10 ct. bar auf die Hand mit. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Milchmädchenrechnung, wann das Betriebskonto des Milcherzeugers leer ist. Das ist die betriebliche Dimension. Aber die Milch hat auch andere, weltweite Dimensionen. Diese waren für den Milchindustrieverband Mecklenburg-Vorpommern Anlass, das Thema „Die Milchwirtschaft zwischen Weltklima und Welternährung“ gemeinsam mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel zu diskutieren.

In seinem Beitrag betonte Agrarminister Dr. Till Backhaus, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam mit den Landwirten nach Lösungen der Probleme auf betrieblicher wie auf globaler Ebene suchen müssten. Milchlieferstreiks seien mit Sicherheit nicht der richtige Weg, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Stattdessen müssten alle Marktbeteiligten gemeinsam an realisierbaren und für sie tragbaren Lösungsansätzen arbeiten.

Ähnlich war auch die Zielrichtung des vom Rinderzuchtverband Mecklenburg-Vorpommern für den 3. April 2009 nach Karow (Landkreis Parchim) einberufenen Milchgipfels. Grundtenor dieser Veranstaltung: Milchbauern und Molkereien sitzen im selben Boot. Die Molkereien können nur einen Teil dessen als Milchgeld an ihre Produzenten weitergeben, was sie zuvor für ihre Produkte auf dem Markt, sprich beim Lebensmittelhandel, erlöst haben. Die Politik könne nur die Rahmenbedingungen setzen und über eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen den Milchbauern über die Runden helfen. Weitgehende Einigkeit bestand im Erfordernis der Bündelung der Milchmengen, ohne jedoch die Wettbewerbshüter von Bund und EU auf den Plan zu rufen. Dabei sind die Aktivitäten zur Schaffung eines „Milch Boards“ – einer Organisation, die mindestens 80 Prozent der Rohmilch zusammenfasst – auf geteiltes Echo gestoßen. Zwar haben auch während dieser Veranstaltung einige Milchbauern ihren Beitritt zum „Milch Board“ erklärt, doch bleibt offen, ob und wenn ja wann dieses Ziel erreicht sein dürfte.

## Beamtenrecht

Öffentliche Anhörung  
im Innenausschuss

■ **Flexibler, moderner und gerechter soll das neue Beamtenrecht für Mecklenburg-Vorpommern sein. Vor allem das Personal bei Polizei, Feuerwehr und Rechtspflege verbindet große Erwartungen mit der Reform des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts. In erster Lesung passierte der Gesetzentwurf der Landesregierung Ende Januar den Landtag und befindet sich nunmehr in den Ausschussberatungen.**

Im Festsaal des Finanzministeriums fand am 26. März die öffentliche Anhörung zum Beamtenrechtsneuordnungsgesetz statt. Die von den Fraktionen geladenen Interessenvertreter und Fachleute stellten in ihren Stellungnahmen u. a. die Veränderung des Laufbahnrechts, die Erhöhung der Altersgrenzen sowie das Gesundheitsmanagement als wesentliche Knackpunkte des Gesetzentwurfs heraus. Der Deutsche Beamtenbund, vertreten durch Dietmar Knecht, begrüßte es, ein flexibles Beamtenrecht entwickeln zu wollen. Knecht gab indes zu bedenken, dass das Gesetz durch die Anhebung der Altersgrenzen den Wettbewerbsföderalismus forcieren und M-V auf der Strecke bleiben könnte. Kritisch bewertete auch Carlos Sievers vom Deutschen Gewerkschaftsbund die geplante Reform des Beamtenrechts. So sei nach seiner Auffassung ein Abbau der individuellen Rechte zu befürchten, wenn beispielsweise ein Beamter Widerspruch gegen seine Versetzung bzw. Abordnung einlegen würde, dies dann jedoch keine aufschiebende Wirkung entfalte. Datenschutzrechtliche Bedenken führte Michael Silkeit als Vertreter der Gewerkschaft der Polizei zum Thema Gesundheitsmanagement ins Feld: „Aber es kann nicht im Sinne des Erfinders sein, dass hier mit einem Mal der gläserne Polizist kriert wird.“ Auch Prof. Dr. Matthias Pechstein bemerkte kritisch, dass das Beamtenrecht nicht modern sein müsse, sondern in erster Linie funktionstauglich.

Die Ergebnisse der Anhörung fasste der Vorsitzende des Innenausschusses **Dr. Gottfried Timm** zusammen: „Ich darf für das Parlament sagen, dass wir hier am



Beginn der Arbeit an einem Gesetzentwurf stehen, den uns die Landesregierung überwiesen hat.“ Verbesserungsvorschlägen stehe man stets aufgeschlossen gegenüber.

## Europa- ausschuss und Jugend im Landtag

**Landespolitik, Europapolitik und Europawahlen im Visier**

■ **Wer entscheidet eigentlich im Geflecht von Region, Nationalstaat und Europäischer Union? Und wer sollte entscheiden? Wie arbeitet ein deutsches Bundesland in Europa mit, wie erleben Abgeordnete eines Landesparlamentes Europa? Welche Schnittstellen gibt es?**

Die Diskussion, die rund 20 Jugendliche aus Finnland, Polen, Spanien und Mecklenburg-Vorpommern am 25. März mit den 10 Abgeordneten des Europaausschusses des Landtags führten, hatte viele Facetten. In rund zwei Stunden wurden Themenfelder angerissen, die gerade auch im Vorfeld der Europawahlen am 7. Juni bedeutsam sind. Die jungen Erwachsenen stellten dem Ausschuss die Ergebnisse ihrer Arbeit im Rahmen des Projekts „Jugend im Landtag“ vor. In einer regen Diskussion wurden Positionen rund um die vermeintliche Distanz zwischen der Europäischen Union und den Problemen vor Ort ausgetauscht. Abgeordnete und junge Erwachsene bezogen dabei unter anderem Stellung zu der Frage, auf welcher Ebene die unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und sonstigen Probleme bewältigt werden sollten.

Für **Detlef Müller**, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, war das Treffen mit den Jugendlichen und der Meinungsaustausch im Rahmen des Projekts „Jugend im Landtag“ ein Erfolg, auf dem sich die Abgeordneten aber nicht ausruhen dürften. „Wir müssen noch intensiver als bisher auf die jungen Menschen zugehen und ihnen Europa und die



Foto: YIP-Mediagroup

Rolle des Landes näher bringen“, so Müller. „Denn die jungen Menschen wollen von uns hören, wie sie Europa mitgestalten können.“ Das zwingt die Politiker, noch stärker als bisher über die Erwartungen an Europa und die Rolle, die Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Gestaltung der Europäischen Union habe, nachzudenken und sich einzubringen. „Das ist die Erfahrung, die wir alle aus unserer Mitarbeit im Projekt Jugend im Landtag mitgenommen haben.“

Gerade im Vorfeld der Europawahl müssten die Landespolitiker mit dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern im neu gewählten Europäischen Parlament möglichst deutlich gehört werde. Dazu sei eine hohe Beteiligung an der Europawahl am 7. Juni erforderlich. „Dies zu erreichen, ist eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Kräfte im Land“, so Detlef Müller.

Das Treffen des JiL-Workshops „Europa“

mit dem Europa- und Rechtsausschuss fand im Rahmen des internationalen Jugendprojekts „Youth in Parliament“ statt, zu dem der Landtag vom 23. bis 27. März Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern, Finnland, Polen und Spanien in das Schweriner Schloss eingeladen hatte. (siehe auch S. 2 und S. 19)

## Europawoche

**Europäische Themen im Land bekannter machen**

■ **Im Rahmen der Europawoche 2009 haben sich Vertreter der für Europafragen zuständigen Ausschüsse der Länderparlamente, deutsche Mitglieder und hochrangige Beamte im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union, Vertreter der deutschen Länderregierungen und der EU-Kommission am 4. Mai im Düsseldorfer Landtag getroffen.**

Beraten wurden die Möglichkeiten der Länderparlamente, Europapolitik mitzugestalten. Fachvorträge des Generalsekretärs des Ausschusses der Regionen und eines gemeinsamen Ländervertreterers der Republik Österreich boten den Rahmen für weitere Erörterungen. Dabei wurde deutlich herausgestellt, dass in Europa mehr Menschen den Politikern vor Ort als den Politikern der nationalen Regierungen vertrauen.

Detlef Müller, der als Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im Ausschuss der Regionen an der Tagung teilnahm, erklärte dazu: „Europa beginnt eben doch zu Hause. Die Europäer vertrauen uns Landes- und Kommunalpolitikern grundsätzlich mehr als den nationalen Politikern.“ Dieses Ergebnis einer Umfrage unter 27.000 EU-Bürgern mache deutlich, dass „wir die regionale und die europäische Ebene noch weiter verzahnen müssen, um unseren Vertrauensvorsprung nach Europa zu transportieren“. Müller appellierte an alle Landespolitiker, die aktuelle Europawoche zu nutzen, um junge Menschen zu motivieren, eine Karriere in europäischen Institutionen anzustreben. „Denn wir brauchen Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern vor Ort in Brüssel“, betonte er.

# Mädchen- Zukunftstag

## Landtag beim Girls' Day dabei

■ Am bundesweiten Girls' Day am 23. April beteiligte sich auch die Landtagsverwaltung.

„Wir möchten mit unserem Angebot Mädchen ausdrücklich ermuntern, ihre berufliche Zukunft auch in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen zu suchen“, so Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Noch immer seien Mädchen und junge Frauen in zukunftssträchtigen technischen Berufsfeldern wenig vertreten, obwohl sie oft die qualifizierteren Schulabschlüsse haben. Sie ermunterte die Mädchen, sich umfassend über die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten zu informieren und sich da-



Sylvia Bretschneider lud die Mädchen auch zu einer Stippvisite in ihr Büro ein.

Fotos: Claudia Richter

bei nicht auf die „klassischen“ Mädchenberufe zu beschränken.

Unter dem Motto „Informationstechnik im Landtag“ präsentierte sich der Landtag als Arbeits- und Ausbildungsort für IT-Berufe. Die acht Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren von der ecolea Schule Schwerin sowie der Regionalen Schule Gadebusch konnten bei ihrem Tag im Schloss einen Blick hinter die Kulissen des IT-Referates

einer Parlamentsverwaltung werfen und ihre Eignung für einen IT-Beruf testen.

Der Landtag engagiert sich seit 2003 beim jährlichen Girls' Day. Mit Erfolg. So wird zum Beispiel eine Teilnehmerin des Vorjahres im Rahmen der Berufsfrühorientierung Anfang Juli im LuK-Referat ein Schülerpraktikum absolvieren. Sie möchte einmal Fachinformatikerin werden und bei ihrem Praktikum Einblicke in diesen Beruf erhalten.

# Jugend debattiert

## Spannende Wortgefechte im Schweriner Schloss

■ Soll für das pädagogische Personal in Kindergärten und Grundschulen eine Männerquote eingeführt werden? Und soll es eine Ampelkennzeichnung für Lebensmittel geben? Diese beiden Themen debattierten die Regionalsieger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ beim Landesfinale Mecklenburg-Vorpommern, das am 15. April im Schweriner Schloss ausgetragen wurde.

Landtags-Vizepräsident Hans Kreher begrüßte die Finalisten und die rund 100 Schülerinnen und Schüler, die als Gäste

dabei waren, zu den Finaldebatten im Plenarsaal. „Demokratie lebt von Diskussionen, dem Ringen um Mehrheiten und insbesondere vom Mitmachen“, betonte er. „Sich einzumischen stärkt unser Gemeinwesen.“ Alle Teilnehmer des Landesfinales Jugend debattiert hätten bewiesen, dass sie den hierfür notwendigen Wettstreit der Argumente ausgezeichnet beherrschen, so der Politiker.

Nach zwei spannenden Finaldebatten standen die Sieger fest: Katharina Hunfeld vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald gewann in der Sekundarstufe I (Klasse 8 – 10), Maximilian Wolf vom gleichen Gymnasium hatte bei der Sekundarstufe II (Klasse 11 – 13) die Nase vorn. Beide werden gemeinsam mit den Zweitplatzierten Katharina Baganz (Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock) und Maximilian Raudszus (IGS Borwin Rostock) Mecklen-

burg-Vorpommern beim Bundesfinale am 19. und 20. Juni in Berlin vertreten. Zunächst können sich die vier aber auf ein dreitägiges professionelles Rhetorik-Training freuen.

Jugend debattiert ist ein bundesweites Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, dessen Ziele die sprachliche und politische, aber auch Meinungs- sowie Persönlichkeitsbildung von Schülern ab der 8. Klasse sind. Bei der Bewertung der Debattenleistungen beurteilt die Jury Sachkenntnis, Überzeugungskraft, Gesprächsfähigkeit und Ausdrucksvermögen der Debattanten. In Mecklenburg-Vorpommern beteiligten sich 1.900 Schülerinnen und Schüler an 22 Schulen an dem Wettbewerb. Bundesweit sind es in diesem Schuljahr über 80.000 Schüler an 600 Schulen.

[www.jugend-debattiert.ghst.de](http://www.jugend-debattiert.ghst.de)



Strahlende Sieger beim Landesfinale „Jugend debattiert“ im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.

# Frischer Wind im alten Schloss

Jugend im Landtag diesmal international

■ „Definitiv: YiP 2009 war eine erfolgreiche Veranstaltung für alle Teilnehmer, Teamer, Referenten und hoffentlich auch für die MitarbeiterInnen des Parlaments.“ So steht es auf der Website des Landesjugendrings, der in Kooperation mit dem Landtag vom 23. bis 27. März 110 junge Leute ins Schweriner Schloss eingeladen hatte, um hier miteinander und mit den Politikern zu diskutieren.

Das Besondere diesmal: neben Schülern, Auszubildenden und Studenten aus ganz Mecklenburg-Vorpommern waren auch Jugendliche aus Polen, Finnland und Spanien dabei. Für die Entscheidung, Jugend im Landtag um diese internationale Komponente zu erweitern, nennt Cheforganisator Carsten Pilz von der Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings vor allem zwei Gründe: „Im Jahr der Europawahl lag es auf der Hand, dass sich junge Europäer treffen und gemeinsam Ideen für die Lösung von Problemen beraten. Außerdem wollen wir zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern weltoffen ist und für eine Kooperation über die Ländergrenzen hinaus steht.“

Dieser internationale Ansatz spiegelte sich auch in den Workshopthemen wider: EU-Politik / Europawahlen, Globalisierung, Klimawandel, Rassismus, Vorurteile, Jugendarbeit und Schulpolitik.

## Our demands on the politics

- We need unitary education standards for the whole of Germany!
- We want more social workers!
- We want that the teachers get more money, then they will be motivated! (and stay in M-V)
- We need more young teachers in M-V!
- We want to have unitary and equal exams in Germany!



Foto: Marco Herzog

Neben dem Austausch der Meinungen und Erfahrungen in den jeweiligen Herkunftsländern der Teilnehmer sprachen die Jugendlichen auch mit Landtagsabgeordneten. So hatte sich zum Beispiel der Workshop Bildung Abgeordnete verschiedener Fraktionen eingeladen, um deren Positionen zur Bildungspolitik zu erfahren. Der Workshop Europa traf sich mit dem Europaausschuss des Landtages zu einer Diskussionsrunde. Sachkenntnis und Diskussionsstoff holten sich die Jugendlichen auch bei externen Gesprächspartnern. Der Workshop Rassismus zum Beispiel traf sich zu einem Gespräch mit Vertretern der jüdischen Gemeinde Schwerin.

Höhepunkt des Programms waren die Präsentation der Workshopergebnisse sowie das Café International, das noch einmal Gelegenheit bot, bei kleinen Rundtischgesprächen mit Abgeordneten zu diskutieren.

„Ich bin sicher, dass Youth in Parliament über die fünf Tage hinaus wirken wird“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am Ende der erlebnisreichen Woche. „Die jungen Leute haben nicht nur viele Ideen mit in ihre Heimatorte genommen. Sie bleiben in Kontakt, organisieren Folgeprojekte, bilden Netzwerke über Ländergrenzen hinweg. Und vor allem sind sie bestärkt in ihrer Überzeugung, dass ihre Zukunft nur ein friedliches, demokratisches Europa sein kann.“

[www.jugend.inmv.de](http://www.jugend.inmv.de)



Foto: Claudia Richter



Foto: Claudia Richter



Foto: YiP-Mediagroup

„David mit dem Haupte Goliaths“ heißt diese eindrucksvolle Bronzeplastik, die seit Ende März die Terrasse oberhalb des Muschelbrunnenhofes im Schweriner Burggarten ziert. Die Originalplastik war in den Nachkriegswirren verschwunden. Nun wurde in Rahmen der Burggarten-Restaurierung anhand von Fotos eine Nachbildung hergestellt. Das Gipsmodell für den Neuguss schuf der Stuttgarter Bildhauer Jan Hooss, gegossen wurde die Plastik in der Kunstgießerei Horst Borchardt aus Schönermark in Brandenburg. Das Geld für den Nachguss stammt ausschließlich aus Spendenmitteln.



Foto: Claudia Richter

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Dirk Zapfe

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat am 26. März 2009 im Schweriner Schloss stellvertretend für das Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ eine Geldspende in Höhe von 1200 Euro entgegen genommen – den Tombola-Erlös vom „2. Balls der Wirtschaft“, der im Herbst von den Wirtschaftsjunioren ausgerichtet worden war. „Mit der Unterstützung des landesweiten Demokratie-Bündnisses legen die Wirtschaftsjunioren ein Bekenntnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt ab und tragen aktiv zur Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens und seiner zugrunde liegenden Werte bei“, würdigte Sylvia Bretschneider die Aktion. Spenden wie diese würden es ermöglichen, Demokratie-Initiativen in den Städten und Dörfern des Landes unbürokratisch zu unterstützen.

(v.l. Jon Püschel, Miriam Voland, Sylvia Bretschneider und Mario Kosielowsky)



Foto: Claudia Richter

Am 31. März besuchten 60 Schülerinnen und Schüler aus den USA den Landtag. Die amerikanischen Jugendlichen weilten im Rahmen eines Schüleraustausches zwischen dem Landkreis Ludwigslust und dessen Partnerkreis Gratiot im Bundesstaat Michigan in Mecklenburg-Vorpommern. Im Landtag wurden die Gäste von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßt. Sie erklärte den 15- bis 17-Jährigen das politische System in Deutschland und die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments. Anschließend besichtigten die Jugendlichen die historischen Räume des Schlossmuseums. Krönender Abschluss der Schloss-Visite war der Plenarsaal.



Foto: Claudia Richter

Einen tollen Abschluss eines tollen Kunstprojekts erlebten Schülerinnen und Schüler des Ernst-Moritz-Armdt-Gymnasiums Bergen auf Rügen. Denn Gino Leonhard, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, hatte sie eingeladen, die besten Arbeiten der 3. Kunstolympiade ihrer Schule auf dem Fraktionsflur zu präsentieren. Vor der offiziellen Ausstellungsöffnung am 31. März durften die Schüler noch einen Blick in das Büro von Hans Kreher, 3. Vizepräsident des Landtages, werfen. Im Rahmen der Kunstolympiade hatten sich die Bergener Gymnasiasten mit dem Thema Begegnung auseinandergesetzt, hierzu Bildideen entwickelt und mit verschiedenen Techniken und Materialien realisiert. Im Anschluss an die Vernissage nutzten die Schüler die Gelegenheit, sich über die Arbeit des Landtages zu informieren.